

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Verleger: E. G. Kersch, Dresden  
und Schönlank-Verlag

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Fracht mit dem wöchentlichen Beilagen "Wohlfahrt" und "Voll und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettmerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettmerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 296

Dresden, Dienstag den 22. Dezember 1925

36. Jahrg.

## Bolschewistische Isolierung

In einem fünfständigen Referat auf dem Kommunalkongress zu Moskau ist der Generalsekretär Stalin auch auf Dawesplan, Locarnovertrag und Völkerbund zu sprechen gekommen. In dem bekannten Sinne, der Dawesplan den Krieg in Deutschland in sich, der Locarnovertrag den Krieg in Europa. Um seine Thesen zu erhärten, zog der Redner Vergleiche zwischen dem West und dem Ost. Auch nach dem Friedensschluß von 1871 habe man an eine dauernde Erhaltung der Ruhe geglaubt, aber einige Jahre später hätten schon Dreieck und französisch-russische Allianz den Weltkrieg vorbereitet, und ebenso sei die internationale Abrüstungskonferenz vom Jahre 1899 nur die Vorbereitung eines neuen bewaffneten Zusammenstoßes gewesen.

Wir wollen uns mit Stalin nicht in eine große historische Diskussion einlassen. Es liegt auf der Hand, daß sein Vergleich auf beiden Seiten hinkt. Die Gesamtlage Europas ist heute eine wesentlich andere als nach dem Frankfurter Frieden von 1871, der einen Krieg beendete, ohne irgendwelche — und seien es auch nur juristisch-technische — Garantien gegen neue europäische Konflikte zu schaffen. Es gab keinen Völkerbund, der, so mangelhaft seine Organisation auch sein mag, die Gefahren, die aus Allianzen zwischen einzelnen Nationen entstehen, doch zu vermindern vermochte. Schiedsgerichtliche Regelung von Streitfragen kam nicht in Betracht, und wenn die Haager Konferenzen, nicht nur die von 1899, sondern auch die andre von 1906, keine Sicherung des Friedens brachten, so eben deswegen, weil die Konferenzen nicht den Willen hatten, auf ihr absolutes Schiedsgerichtsrecht bei dem Ausbruch ihrer Streitigkeiten zu verzichten und dem Gedanken, aufstehende Streitigkeiten durch den Weg des Schiedsgerichts- oder Ausgleichsverfahrens zu bringen, widerstrebend und ablehnend gegenüberstanden. Nicht zuletzt Deutschland, dessen kaiserlicher Herr sich nicht wenig tun konnte in abweisen und großmäuligen Redebewegungen über die Ideen, die auf den beiden Konferenzen zur Erörterung standen.

Es hat auch wenig Sinn, in diesem Augenblick noch einmal zu wiederholen, was wir von unserm Standpunkt aus zu Locarno und dem Völkerbund zu sagen haben. Stalin bezeichnet es als die Aufgabe der Dritten Internationale, was eine wie das andre bloßzustellen, wie ja denn das "Entwerfen" ganz allgemein geradezu als die Haupttätigkeit der Kommunisten angesprochen werden kann. Aber da er gleichzeitig den weiteren konsequenter Kampf um die Erhaltung des Friedens fordert, so ist wohl die Frage gestellt, welche positiven Vorschläge denn er und seine Freunde nun zu machen haben. Haher haben wir in dieser Beziehung eine Antwort von den Kommunisten ebenfalls die von den Nationalisten erhalten. Wenn sie uns etwa sagen sollten, daß die internationale Verwirklichung sozialistischer oder auch kommunistischer Ideale die einzig wirksame Bürgschaft für einen dauernden Frieden darstelle, so sind wir mit ihnen einig. Aber was soll in der Zwischenzeit geschehen? Darf eine Arbeiterpartei auf Verständigung zwischen den Völkern unter kapitalistischen Staaten überhaupt nicht ihre Zustimmung erteilen? Dann hätte Rußland auch nicht mit Deutschland den Rapallopakt schließen dürfen, und dann würde Tschitscherin gebilligt haben, daß er sich nicht mit Frankreich abgefunden hat, als er sich jetzt mit England über einen russisch-französischen Ausgleich befragt hat, gar nicht davon zu reden, daß es doch wohl als recht bedenklich erscheinen dürfte, wenn sich der russische Volkskommissar am Sonnabend gerade vom General von Seeckt zum Neujahrsdinner einladen ließ.

Man soll doch ehrlich sein: Der Locarnovertrag und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund widersprechen nicht dem Interesse des internationalen Proletariats, sondern bewahren den bolschewistischen Sonderwünschen der Sowjetrepublik. Sie fühlen sich isoliert, und darin hat sie nicht so ganz unrecht. Unbillig ist es nur, von uns zu verlangen, daß wir um Aufheben des Willens der Westmächte eine Verständigung mit dem Westen außer acht lassen sollen. Das eine, was wir tun können und tun müssen, ist, daran mitzuarbeiten, daß den Russen der Weg aus ihrer Isolation heraus erleichtert wird, d. h. daß wir helfen, ihnen den Weg zum Völkerbund zu bereiten und uns bemühen, die Grundgedanken von Locarno auch für diejenigen Fragen anwendbar zu machen, an deren Lösung Rußland unmittelbar interessiert ist.

### Tschitscherins Friedenssphaeren

Der Leiter der russischen Außenpolitik, Tschitscherin, nahm an der Teilnahme von Ministern und Diplomaten gefestigt an der Konferenz der Außenminister in Paris teil. Tschitscherin hat dann Pressevertretern eine politische Rede gehalten, aus der durch die folgenden Punkte hervorgeht: Tschitscherin betonte, daß die Haltung der Sowjetrepublik gegenüber England durch den Locarnovertrag nicht geändert habe. Mit England seien vorläufig keine Verhandlungen angedacht. Dagegen würden in Paris in der ersten Hälfte des Jahres die offiziellen Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich stattfinden. An seinen Unterredungen mit dem französischen Außenminister sei festgestellt worden, daß keinerlei erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und der Sowjetunion bestehen.

Die russische Regierung sei der Auffassung, daß für die Erreichung des Friedens im Völkerbund unmöglich sei, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Sozialismus und den kapitalistischen Staaten Europas noch zu groß seien, als daß eine gemeinsame Arbeit im Völkerbund möglich wäre. Dagegen würde die russische Regierung Gewicht darauf legen, mit England ebenso wie mit andern Staaten präzisere Abmachungen über die Beziehungen Rußlands zu ihnen zu treffen. Schiedsverträge allerdings seien für Rußland unannehmbar. Eine sofortige Abrüstungskonferenz würde die russische Regierung unterstützen. Zur Abrüstungsfrage erklärte Tschitscherin, daß die Sowjetregierung bereit sei, für eine sofortige allgemeine Abrüstung einzutreten. Rußland habe in seiner letzten Rede ja sogar erklärt, daß die Sowjetregierung bereit sei, mit der Roten Armee und der Kriegsindustrie überhaupt ein Ende zu machen, falls die Abrüstung eine allgemeine sei, und daß Sowjetrußland auch bereit sei, an einer teilweisen Abrüstung teilzunehmen. Tschitscherin betonte aber, er glaube, daß die russische Regierung, wenn sie außerhalb des Völkerbundes bleibe, um die vollkommene Freiheit der Aktion behalte, am besten der Sache des Friedens dienen könne.

Das ist ganz, mostowitsch-dogawitsch! Man redet für Entlassung, Abrüstung und Frieden, aber Sowjetrußland duldet keine Schiedsverträge, behält die vollkommene Freiheit der Aktion, tritt dem Völkerbund nicht bei. Warum? Aus — "Friedensliebe", um der Sache des Friedens am besten zu dienen, so äußert sich der Herr Tschitscherin. Er lobt trefflich Wilhelm II. und den Joren und alle imperialistischen Herrscher, die jede neue Militärvermehrung mit der "Friedensliebe", jede Ablehnung von Schiedsverträgen mit der besseren Sicherung des Friedens begründeten. Daß Tschitscherin für den sowjetrussischen Imperialismus keine bessere Begründung findet als die Aufzählung des alten Schwindels bankrotter Militärregierungen, das ist das bolschewistische Wunder. Aus allem Gerede der Sowjetdiplomaten geht nur das hervor: sie wollen die unbeschränkten Herren bleiben, sie wollen ihre Machtpolitik weder durch Schiedsverträge noch durch eine internationale Staatsorganisation behindern lassen. Diktatur über Europa!

### Moskauer Vorwände

T. Genf, 21. Dezember. (Fig. Dresden.) Die Aeußerung der Sowjetdiplomaten (die wir gestern mitteilten, S. 1), daß Rußland bereit wäre, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, wenn diese nicht in der Form, d. h. nicht in der Form, stattfinden würde, mit der die Sowjetregierung wegen des Contraband-Prozesses demontiert die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat, und daß dahinter eine englische Intrige zu suchen sei, um Rußland von der Konferenz fernzuhalten, wird in den Völkerbundkreisen als Vorwand der Sowjetregierung betrachtet, um die Einlösung des Völkerbundes abzuwehren. Zur Begründung dieser Auffassung wird geltend gemacht, daß kein Land ein größeres Interesse an der Teilnahme Rußlands an der Abrüstungskonferenz habe als gerade England. Ferner sei der Konferenz noch gar nicht bestimmt, der sehr wohl auch außerhalb der Sowjetrepublik abgehalten werden könne. Dagegen könne man die Arbeiten der vorbereitenden Kommission, die vorher noch in Frage kommen, aus technischen und administrativen Gründen nicht gut anders als am Sitz des Völkerbundes in Genf vornehmen. Zur prinzipiellen Frage soll im Völkerbundrat allerdings die Ansicht immer mehr durchdringen, daß die Beziehungen einzelner Staatsregierungen zur Sowjetunion keine Rolle spielen dürfen hinsichtlich ihrer Mitarbeit im Völkerbund, dessen Sitz nun einmal Genf sei.

### Frach, Zylinder oder Diplomatenuniform

Den Sowjetvertretern im Ausland ist ein Rundschreiben des Volkskommissars für Auswärtiges zugegangen, in dem auf den unangenehmen Eindruck hingewiesen wird, den die oft nachlässige Kleidung der Mitglieder der russischen Auslandsvertretungen herbeiführt. Das Rundschreiben macht es den sowjetrussischen Diplomaten zur Pflicht, auch bei nicht-offiziellen Anlässen ihrer Kleidung größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, bei offiziellen Ausritten sich jedoch an die Gepflogenheiten des Landes, in dem sie die Sowjetunion vertreten, zu halten und im Frack und Zylinder usw. zu erscheinen. Schließlich teilt das Rundschreiben den russischen Auslandsvertretern mit, daß sich das russische Außenministerium gegenwärtig mit der Ausarbeitung einer obligatorischen Uniform für diplomatische Sowjetvertreter befaßt; vor allem sollen diejenigen Sowjetdiplomaten, die "Ehrenmitarbeiter der Roten Armee" sind, das Recht erhalten, bei offiziellen Anlässen Militäruniform zu tragen.

### Die Internationale der Schwerindustrie

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: In den letzten Tagen hat die Presse die Mitteilung gebracht, daß deutsche Industrielle auf Anregung von parlamentarischer Seite in Paris mit französischen Industriellen und Kammermitgliedern zwecks Verhandlungen über Wirtschaftsfragen zusammengetroffen sind und die Aussprache im neuen Jahre fortgesetzt werden soll. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Reichsregierung diesen Verhandlungen fernsteht. Die in einigen Mitteilungen genannten Namen der deutschen Industriellen, die sämtlich dem Bergbau angehören, lassen erkennen, daß den Berliner Verhandlungen jede allgemeinere Bedeutung abgeht. Darüber hinaus kann es aber im deutschen Gesamtinteresse außerordentlich zweifelhaft sein, ob derartige private Verhandlungen, losgelöst von den augenblicklich schwebenden amtlichen Besprechungen, zweckmäßig sind.

## Kartelle oder Trusts?

Von Tony Sender

In der Inflationszeit haben auch weitere Kreise der Bevölkerung begonnen, mehr Interesse zu nehmen an dem Zusammenschluß, wie er sich in der modernen Industrie vollzieht. Ganz besonders hat hierzu beigetragen die Zusammenballung ungeheurer Kapitalmächte, die sich zugleich mit der Verarmung der breitesten Volksschichten vollzog und die ihren sichtbarsten und anscheinend imponierendsten Ausdruck fand in dem Stinnesischen Vertikaltrust. Als bald nach der Stabilisierung dieser Koloss zusammenstürzte und damit die Wirklichkeit seines inneren Aufbaues offenbarte, da schlug die übertriebene Bewunderung, die man vorher dieser zusammengegriffenen Vertikalbildung entgegengebracht hatte, plötzlich um in reiflose Verdammung. Und doch ist eines so falsch wie das andere. Dem Zusammenbau des Stinnesischen Trusts lag kein organisatorischer Gedanke zugrunde, seine Handlungsweise war nur in riesenhafterem Ausmaß dieselbe wie die der vielen Tausende, die aus der weidenden Markt in den konstanten Sachwert flohen. Dabei aber wurde, wie an so vielen anderen Stellen der Wirtschaft — die derzeitige Krise offenbart es uns deutlich genug — völlig übersehen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft der Wert eines Betriebes erst bestimmt wird durch die erzielte Rente, daß darum zwei Voraussetzungen erforderlich sind: erstens muß das notwendige Betriebskapital zur Verfügung sein, um den Betrieb in Gang halten zu können, und zweitens muß die Produktionsanlage sich auf technischer Höhe befinden, damit sie im Konkurrenzkampf besteht und die hergestellten Produkte müssen ausreichenden Markt und lohnenden Absatz finden können. Beide wichtigen Vorbedingungen kapitalistischer Produktion waren in den Inflationsjahren von Stinnes nicht minder mitschuldig worden wie von so vielen andern. Und dieser Vernachlässigung, nicht aber der Organisationsform ist der erfolgreiche Zusammenbruch zuzuschreiben.

Auch die Idee der vertikalen Vertrustung ist keineswegs eine originale Leistung von Hugo Stinnes gewesen. Bängst vor ihm war sie in der Form der gemischten Werke realisiert und hatte den Zweck, die Rationalisierung einzelner Privatwirtschaften durch die Zusammenfassung aufeinanderfolgender Produktionsstufen in einem einheitlichen Unternehmen durchzuführen. Doch hierbei die Möglichkeit wirtschaftlicheren Arbeitens gegeben ist, unterliegt keinem Zweifel.

Aber schon immer stand diesem Gedanken der gemischten Werke derjenige der horizontalen Zusammenfassung gegenüber, ausgedrückt im Kartell. In seiner ursprünglichen Form aber hat das Kartell nichts mit Rationalisierung zu tun. Das Kartell ist bestrbt, durch Zusammenfassung der Mitglieder der Betriebe des Industriezweiges die Konkurrenz auszuhalten und die so erreichte Monopolgewalt zur Sicherung des Profits durch Hochhaltung der Preise auszunutzen. Auf diese Weise wird den Mitgliedern des Kartells ein Gewinn gebracht, ohne daß die Gesamtwirtschaft irgendwie gefördert wird. Das Gegenteil ist sogar der Fall; da das Kartell keine Preise nach den Produktionskosten des am schlechtesten arbeitenden Betriebes festzusetzen pflegt, bewirkt es nicht nur eine künstliche Hochhaltung der Preise, sondern auch die Aufrechterhaltung rückständiger Betriebe und damit unrationelle und verschwendungerische Verwendung von Arbeitskraft.

Durch die Zollgesetzgebung des letzten Sommers wurde allerdings gerade diese Form der Zusammenfassung außerordentlich gefördert. Um nämlich den Zoll im Preise vollkommener Ausdruck finden zu lassen, ist eine Abrede unter allen Produzenten über die vorzunehmende Preishöhe notwendig, in die der ganze Zoll eingerechnet ist. So hat die Zollgesetzgebung denn auch in der Tat diese unproduktive Form privatkapitalistischer Zusammenfassung, die Neubildung von Kartellen, außerordentlich gefördert.

Nun wäre es allerdings falsch, Kartelle und Trusts als wesensverschiedene Gegenstände einander gegenüberzustellen. Gerade Zeiten der Depression der Wirtschaft pflegen starke Bindungen in den Kartellen herbeizurufen, die zunächst mit der Stilllegung von Werken mit schlechtesten Arbeitsmethoden beginnen. Die so entfallenden Quoten werden von den besserarbeitenden Unternehmen übernommen. Diese Zusammenfassungsbewegung ermächtigt eine Reduzierung der Preise und diese Bewegung setzt sich fort, weil die fortschrittlicheren Unternehmen mehr und mehr versuchen, die Herrschaft über die überlebten Werke in die Hand zu bekommen. Damit aber wird die im Kartell grundsätzlich aufrechterhaltene Selbstständigkeit der Einzelunternehmung mehr und mehr zurückgedrängt und wenn auch der juristischen Form nach das Kartell fortbestehen bleibt, so hat es sich doch in seiner Entwicklung immer stärker dem horizontalen Trust angenähert.

In der Zeit einer Rationalisierungskrise, wie sie jetzt in Deutschland durchgedrungen ist und über der Arbeiterklasse ihre schwere Geißel schwingt, kann es aber für uns nicht akzeptabel sein, welche Organisationsform in der Wirtschaft sich durchsetzt. Denn es bedeutet nichts anderes als einen Rückfall in so primitives Denken, wie es seit dem Eindringen des Marxismus in die moderne Arbeiterbewegung nicht für möglich gehalten werden sollte, wenn von Selbstherrschern erklärt wird: Trust oder Kartell, welches sind wirtschaftlich sinnvolle Organisationsformen, bestimmt nur die Richtung des Profits, und darum laßt man uns in dieser Angelegenheit kämpfen! Der Kampf gegen die kapitalistische Konzentration